



Niederschrift Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.01.2005
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	PDS	
Frau Schulze, Jana	PDS	
Frau Geywitz, Klara	SPD	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	anwesend ab TOP 2
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	Vertretung für Frau Paulsen
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Basekow, Angela	SPD	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Busch, Jutta	PDS	
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Gareis, Klaus	Seniorenbeirat	
Frau Kirchner, Monika	BürgerBündnis	
Herr König, Herbert	PDS	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	

Nicht anwesend sind:

Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Frau Opitz, Gisela	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Anton, Torsten	PDS	entschuldigt
Frau Jensch, Sun	CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 07.12.2004
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Informationen zu den Neuerungen zum SGB XII

- 4 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage: 04/SVV/0919
Verfasser : Bereich Haushalt und KLR
- 5 Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2008
Vorlage: 04/SVV/0905
Verfasser : Zentrale Steuerungsunterstützung
- 6 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe
Vorlage: 04/SVV/0917
Verfasser : Bereich Haushalt und KLR
- 7 Finanzplan und Investitionsprogramm 2004 - 2008
Vorlage: 04/SVV/0918
Verfasser : Bereich Haushalt und KLR
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Geywitz schlägt vor, einen nichtöffentlichen Teil in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Näder wird im TOP „Sonstiges“ über den Behindertenbeirat berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 07.12.2004

Herr Ernst weist darauf hin, dass Herr Thomann zur Frage von Herrn Dr. Radloff zu Renovierungskosten im TOP 9 zugesagt hat, in der heutigen Sitzung eine Antwort zu geben.

Diese ist schriftlich erfolgt und wird dem Protokoll beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Informationen zur Arbeit der PAGA

Herr Thomann berichtet, dass die Arbeit gut angelaufen ist. Die Mitarbeiter sind überdurchschnittlich engagiert, auch über die Arbeitszeit hinaus.

Bis zum vergangenen Freitag gab es 495 nicht bearbeitete Anträge. Diese werden aber zügig abgearbeitet.

Derzeit erfolgt die Erarbeitung des Konzeptes für die Plus 1-Euro-Jobs. Dazu wird am 21.01.2005 eine große Trägerkonferenz durchgeführt.

Herr Thomann macht deutlich, dass derzeit statistische Erhebungen problematisch sind, da dies per Hand erfolgen muss. Wie bereits in der letzten Sitzung des Ges./Soz.-Ausschusses informiert, lässt das Programm A2LL dies nicht zu.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die Kosten der Unterkunft höher steigen, als die Planungen vorgesehen haben. Die liegt u.a. an den ansteigenden Fallzahlen, aber auch daran, dass 18-jährige, die noch bei den Elternleben, hier mitberechnet werden.

Frau Geywitz fragt nach einem möglichen Nachtragshaushalt.

Herr Thomann hält dies durchaus für möglich.

Frau Geywitz fragt, ob die Sozialhilfeempfänger problemlos in ALG II übergegangen sind. Sie bittet Herrn Thomann um Kontaktaufnahme mit der Gehörlosenberatungsstelle. Diese wünscht einen festen Ansprechpartner oder Sprechzeiten in der PAGA.

Herr Thomann erklärt, dass alle Sozialhilfeempfänger nahtlos in ALG II übergegangen sind. Es gab ca. 99 % Antragsrückläufe.

Mit der Gehörlosenberatungsstelle wird Kontakt aufgenommen. Ein Ansprechpartner in der PAGA wird benannt.

Frau Schulze fragt, ob die Widerspruchsstelle eingerichtet ist und ihre Arbeit aufgenommen hat.

Sie fragt weiterhin, ob es von Seiten des Bundes eine Entscheidung zu den Verwaltungskosten gibt.

Sie weist darauf hin, dass laut Information in der letzten Ausschusssitzung nicht alle Teams gemischt sind (Mitarbeiter Arbeitsagentur und Stadtverwaltung). Dies soll z.B. in Frankfurt (Oder) hervorragend funktionieren.

Herr Thomann informiert, dass die Widerspruchsstelle eingerichtet ist und jetzt mit der Arbeit beginnt. Die Widersprüche werden umgehend abgearbeitet.

Er macht deutlich, dass 4,2 % vom Budget für allgemeine Verwaltungskosten abgezogen werden.

Er betont, dass die Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur auf der Mitarbeiter-ebene sehr gut funktioniert.

Frau Schulze bittet um eine Auflistung, welche Mitarbeiter aus dem Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren in die PAGA gegangen sind, als Anlage zum Protokoll.

Sie fragt, ab wann die Qualifizierungsmaßnahmen angeschoben werden.

Herr Thomann erklärt, dass die Qualifizierungsmaßnahmen bereits erfolgen. Hier wird ein laufendes Verfahren angestrebt.

Frau Schulze fragt, was mit der Beratungsstelle im Kirchsteigfeld geschieht.

Herr Thomann informiert, dass diese noch bis Ende Januar 2005 arbeitet.

Frau Schulze fragt, ob bereits bekannt ist, wie ein Folgeantrag für ALG II aussieht.

Herr Thomann erklärt, dass er keine Kenntnis darüber hat, wie der Folgeantrag aussehen wird. Er macht deutlich, dass es bis heute nicht möglich ist, die Zahlungen zu stoppen. Hierfür gibt es sog. Übergangslösungen.

Jüdische Gemeinden

Frau Müller informiert, dass es heute einen Termin mit den Vertretern beider Jüdischer Gemeinden an ihrem Tisch gegeben hat. Erklärtes Ziel ist es hierbei, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Die inhaltliche, rechtlich orientierte Sozialberatung soll keinesfalls gefährdet werden. Beiden Jüdischen Gemeinden wird das Konzept der ZWST zugeleitet.

Herr Ernst ergänzt, dass bisher keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte, die Gespräche aber weitergeführt werden.

Frau Müller macht deutlich, dass die Beratung auch durch Mitarbeiter des Sozialamtes erfolgen könnte. Hier wird hauptsächlich an die sprachlichen Barrieren gedacht.

Haus der Begegnung

Frau Müller informiert, dass im Einvernehmen mit der Firma Semmelhaack ein Generalmieter gefunden werden soll, der das Haus einer sozialen Nutzung zuführt.

zu 3 Informationen zu den Neuerungen zum SGB XII

Herr Soeffner erläutert anhand von Folien die wesentlichen Änderungen des SGB XII. Dies wurde auch an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

Herr van Leeuwen weist auf die Unsicherheiten der freien Träger hinsichtlich der persönlichen Budgets hin. Er fragt, wie diese ausgereicht werden, wer sie ausreicht und wer die Initiative übernimmt.

Herr Soeffner erklärt, dass der Betroffene die Initiative ergreifen muss. Das Budget wird nach Prüfung des entsprechenden Antrages ausgereicht.

Herr Dr. Schlomm fragt nach der Grenze der Leistungen des ALG II.

Herr Thomann erklärt, dass dies grundsätzlich vom Bedarf abhängig ist.

Frau Müller ergänzt, dass die Berechnung immer einzelfallbezogen erfolgt.

zu 4 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage: 04/SVV/0919

Frau Schulze bringt folgenden **Änderungsantrag** der PDS-Fraktion ein und begründet diesen:
Das Sozialticket ist für alle ALG II-Empfänger der Stadt Potsdam bereit zu stellen.

Frau Müller weist darauf hin, dass hierzu bereits Gespräche mit den VIP geführt wurden. Für alle SGB XII-Empfänger wird ein Sozialticket bereitgestellt. Die Erwerbsfähigen wird als Integrationsmaßnahme in den Arbeitsmarkt in Abstimmung mit dem Fallmanager als Einzelfallentscheidung diese Möglichkeit eröffnet.

Herr Thomann ergänzt, dass dies nicht alle ALG II-Empfänger betrifft. Hier muss auch erst die Zustimmung durch die Trägerversammlung erfolgen.

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 0
Der Antrag wird abgelehnt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Die Haushaltssatzung der Stadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2005 – Teil: Soziales, Wohnen und Senioren sowie Gesundheitsschutz

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1
Der Haushaltssatzung 2005 - Teil: Soziales, Wohnen und Senioren sowie Gesundheitsschutz - wird zugestimmt.

zu 5 Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2008
Vorlage: 04/SVV/0905

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2005 –2008 Teil: Soziales, Wohnen und Senioren sowie Gesundheitsschutz - wird als Bestandteil des Haushaltplanes für das Haushaltsjahr 2005 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 2
Das Haushaltssicherungskonzept - Teil: Soziales, Wohnen und Senioren sowie Gesundheitsschutz – wird abgelehnt.

zu 6 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

Vorlage: 04/SVV/0917

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Finanzplan und Investitionsprogramm 2004 - 2008
Vorlage: 04/SVV/0918

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Sonstiges

Frau Geywitz fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Suppenküche.

Frau Müller erklärt, dass derzeit diverse Gespräche zu einem neuen Standort geführt werden.

Frau Schulze bittet um eine Information am Rande der nächsten Stadtverordnetenversammlung, bzw. als schriftliche Information in die Fächer.

Herr Näder berichtet kurz über die Ergebnisse des Behindertenbeirates vom 13.01.2005. Er informiert, dass das Gremium drei zusätzliche sachkundige Mitglieder gewählt hat.

Herr Kapuste weist darauf hin, dass es bezüglich des Behindertenaufzuges in der Bibliothek einen klaren Auftrag der StVV an den Oberbürgermeister gibt.

Frau Geywitz schlägt vor, als Sozialausschuss deutlich zu machen, dass hier ein großes Interesse an der Umsetzung besteht.

Herr König erklärt, dass das Problem des Standortes der Suppenküche derzeit das geringere ist. Ab dem 01.02.2005 ist die Absicherung der Arbeit nicht gewährleistet, da die ABM ausläuft.

Herr Thomann macht deutlich, dass eine ABM aus Mitteln der PAGA gefördert wird. Auch Hilfe bei Plus 1€-Jobs wird zugesagt.

Frau Schulze fragt nach der Situation im Bürgerhaus „Sternzeichen“.

Herr Thomann informiert, dass hier das selbe zutrifft, wie bei der Suppenküche.

Herr Fröhlich regt an, in der Sitzung im März oder April die Sprachkurse für Asylbewerber zu thematisieren.

Nächster Ges./Soz.-Ausschuss: 15. Februar 2005 18:00 Uhr

Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Protokoll

